



Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz Baden-Württemberg

📅 25.06.2021

LANDWIRTSCHAFT

Bundesrat beschließt die nationale Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik



Elke Lehnert

Landwirtschaftsminister Peter Hauk MdL: „Mit den vorliegenden Gesetzestexten ist ein Etappenziel in der nationalen Umsetzung der GAP erreicht“

„Mit der Reform der GAP soll eine Agrarpolitik umgesetzt werden, die neben den klassischen GAP-Zielen auch verstärkt die gesellschaftlichen und ökologischen Leistungen der Landwirtschaft fordere aber auch fördere. Dies ist uns mit dem vorliegenden Entwurf gut gelungen. Wir werden zukünftig in der 1. Säule freiwillige Öko-Regelungen anbieten, die kleinen und mittleren Betriebe stärker fördern, die Junglandwirteprämie erhöhen und wieder gekoppelte Tierprämien einführen, um die Betriebe mit Schafen, Ziegen und Mutterkühen besonders zu stützen“, sagte der baden-württembergische Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk MdL, am Freitag (25. Juni) in Berlin. Darüber hinaus werden zunehmend Mittel aus der 1. Säule in die regionale 2. Säule, mit ihren

freiwilligen Agrarumweltmaßnahmen und den Maßnahmen zur Entwicklung des Ländlichen Raumes, umgeschichtet. „Ich begrüße diese Entwicklungen ausdrücklich“, so Hauk.

Minister Hauk sprach sich heute vor dem Bundesratsplenum für eine zügige Weiterarbeit an der nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus. Er begrüßte es, dass mit den nun vorliegenden Gesetzen der Rahmen der nationalen Umsetzung der GAP in Deutschland feststeht und verglich den langjährigen Prozess mit einem Marathon. Baden-Württemberg sei mit seiner vielfältigen Landwirtschaft, mit den kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetrieben, die schon seit Jahrzehnten intensiv an den Agrarumweltprogrammen des Landes teilnehmen, gut aufgestellt für diesen Marathon.

Unbürokratische und zielführende Regelungen

Besonders beim Verwaltungs-, Kontroll- und Sanktionierungssystem müssten unbürokratische und zielführende Regelungen getroffen werden. „Hier muss mit Augenmaß gearbeitet werden, damit die Belastungen der landwirtschaftlichen Betriebe aber auch der Verwaltung stark verringert und keinesfalls ausgebaut werden“, betonte Hauk.

Besonders bei den wieder eingeführten gekoppelten Tierprämien sieht der Minister die aktuellen Bestrebungen, dort Flächenbindungen und Auflagen zu Haltungsbedingungen einzuführen, als bürokratisch und wenig zielführend an.

„Wenn uns keine Entbürokratisierung gelingt, dann ist ein wesentliches Anliegen bei der GAP-Reform, nämlich die deutliche Vereinfachung, gescheitert“, betonte Hauk.

Link dieser Seite:

<https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unsere-service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/bundesrat-beschliesst-die-nationale-umsetzung-der-gemeinsamen-agrarpolitik/?cHash=577cee5b895d4f9489f83e1d917777e0&type=98>